



#machtpolitikfrei

Es ist einfacher, direktdemokratisch über Sachfragen zu entscheiden, als die richtigen Politiker zu wählen. Deshalb kümmern wir uns jetzt um den Auswahlmechanismus: das Wahlgesetz

DIE GEHÄLTER UND PENSIONEN DER REGIONALRATSABGEORDNETEN NEU REGELN! VOLKSBEGEHREN DER ACLI TRENTINE

"Die Krise, die wir alle durchstehen müssen, haben unsere politischen Vertreter mit zu verantworten. Wir verlangen deshalb von ihnen ein Zeichen der Neuorientierung. Ein solches Zeichen besteht zuallererst darin, dass jene, die beauftragt sind, sich um das Gemeinwohl zu kümmern, ihre Lebensbedingungen jenen der Allgemeinheit annähern. Auch als Zeichen der Wiedergutmachung gegenüber den Leidtragenden der Krise, den Schwächsten und Schutzlosen."

Quelle: Flugblatt ACLI Trentine

Der **Gesetzentwurf der ACLI*** enthält folgende Forderungen:

- die Vergütungen der Regionalratsabgeordneten von 9.800 € auf 7.500 € brutto (etwa 4.700 € Netto) senken;
- die Rente der Regionalratsabgeordneten abschaffen;
- die Leibrente der ehemaligen Regionalratsabgeordneten auf den Höchstbetrag von 3.300 € brutto pro Monat begrenzen;
- die Zulagen zur Ausübung der Tätigkeit der Regionalratsabgeordneten halbieren;
- die Spesenvergütung auf max. 500 € pro Monat beschränken;
- Damit können im Jahr 5.240.000 € in der Region eingespart werden.

Wenn Du dieses Begehren teilst, dann **unterschreibe das Volksbegehren innerhalb 15.1.2016 in Deiner Wohnsitzgemeinde**. Damit dieser Gesetzentwurf vom Regionalrat behandelt wird, müssen mindestens 8.000 gültige Unterschriften gesammelt werden.

Promotoren und Unterstützer:

*ACLI Trentine (Associazione Cristiana Lavoratori Italiani - entspricht dem KVW), ACLI BOZEN, ARCI Trentino, ASS. ARTIGIANI Provincia di Trento, CGIL del Trentino, CIA Trentino, CISL Trentino, CONFESERCENTI Trentino, LEGA AMBIENTE, UIL del Trentino.

Info: ACLI Trentine - 38122 Trento, via Roma 57 - 0461 277277

e-mail: segreteria@aclitrentine.it - www.aclitrentine.it - facebook [acli trentine](https://www.facebook.com/acli.trentine)



**ACHTUNG
AUF DEN
TERMIN
15.1.2016**

Wir brauchen Eure Unterstützung!

Wir haben viel vor, für die nächste Zeit. Schaffen können wir das nur mit Eurem Mitwirken – praktisch und auch finanziell. Je mehr Bürgerinnen und Bürger konkret etwas beitragen, desto schneller rückt das Ziel näher, aus einer toten Demokratie etwas Lebenerfülltes zu machen!

**Initiative für mehr Demokratie, Silbergasse 15, Bozen, 0471 324987, info@dirdemdi.org
Raiffeisenbank Bozen, De-Lai-Str. 2 IBAN: IT53V 08081 11600 000300010332**

20 Jahre im Zeichen wirklicher Souveränität – gestern, heute, morgen



Aus einer kleinen Gruppe Menschen, die sich der Befreiung der Bürgerinnen und Bürger aus politischer Bevormundung verschrieben hatten, ist in den vergangenen 20 Jahren ein landesweites Netz, eine kapillare Bewegung geworden, die – bisweilen fast unmerklich – eine Vielzahl demokratiepolitischer Veränderungen, „Wunder“ und nicht zuletzt einen gesellschaftlichen Bewusstseinsprozess bewirkt hat. Die Idee der Mitbestimmung ist im Bewusstsein der Menschen verankert. Hat die politische Vertretung 20 Jahre lang mehrheitlich den Willen der Bürgerinnen und Bürger ignoriert, so zeigt sie sich heute zumindest zum Gespräch mit der Zivilgesellschaft bereit. Die Ergebnisse werden zeigen, wie ernst ihr damit ist.

Unser Weg hat nach all den gemachten Erfahrungen zu einer Erkenntnis geführt: Es braucht eine [demokratische Neugründung unseres Landes](#). Eine Initiative wäre keine Initiative, würde sie nicht ständig neu ansetzen. Neues beginnen. Es geht also weiter.

[Link zu den Dokumenten auf der Webseite der Initiative](#)

Wie steht es mit dem neuen Landesgesetz zur Direkten Demokratie?

Direkte Demokratie

www.dirdemdi.org

Gesetzentwurf des Volkes

oder

Entwurf der politischen Mehrheit?

Lasst das Volk auswählen!

Initiative für mehr Demokratie, Silbergasse 15, Bozen



INITIATIVE FÜR MEHR DEMOKRATIE
INIZIATIVA PER PIÙ DEMOCRAZIA
CONTRIBUTO ALLA DEMOCRAZIA
mit den 36
unterstützenden Organisationen

Der erste Gesetzgebungsausschuss des Südtiroler Landtages hat nach langer Pause die Arbeit an diesem Gesetz wieder aufgenommen. Hier gibt es jetzt eine neue Zusammenarbeit von Mehrheits- und Oppositionsparteien. [Parallel dazu wurde auf Antrag der Initiative für mehr Demokratie von folgenden Fraktionen ihr Gesetzesvorschlag zur Direkten Demokratie wieder im Landtag eingebracht:](#) Grüne, 5 Sterne, Freiheitliche, Bürgerunion, Alto Adige nel Cuore. Der Grund: Wir wollen, dass bei der versprochenen beratenden Volksabstimmung die BürgerInnen über zwei Gesetzesvorschläge abstimmen können: jenen des Landtages und jenen der Initiative, der 2009 bereits 114.884 JA-Stimmen erhalten hat und somit eine große demokratische Legitimität und zivilgesellschaftliche Zustimmung besitzt.

Zu dieser Forderung wurde uns bereits im Herbst von Seiten der Mehrheitspartei eine Absage erteilt und von Seiten des Gesetzgebungsausschusses wird uns heute entgegeng gehalten, dass dies rechtlich nicht möglich sei. [Die einschlägigen Bestimmungen](#) können so oder anders ausgelegt werden. Wenn diese einschränkende Auslegung aber nicht eine billige Ausrede sein soll, dann kann der [Gesetzestext](#)

[jederzeit einer neuen politischen Überzeugung angepasst werden](#). Aber es scheint immer noch schwer zu sein, die Bürgerinnen und Bürger als gleichberechtigte politische Akteure anzuerkennen. Wir bleiben dran!

Einen Schritt weiter mit den Mitbestimmungsrechten in den Gemeinden - Auftrag an Gemeinderäte und Bürger

Grundsätzlich sollten wir nicht darauf warten, dass von oben etwas besser wird. Manchmal geschieht es aber doch und dann sollten wir es als Ansporn nehmen, in diese Richtung weiterzuarbeiten. So geschehen im Regionalrat, wo - vor allem dank der 5Sterne-Bewegung - der Regierungsmehrheit vor einem Jahr [fünf wesentliche Verbesserungen](#) abgerungen worden sind:

- Das Beteiligungsquorum bei Volksabstimmungen in Gemeinden bis zu 5.000 Einwohnern darf nicht höher als 30% sein, in größeren Gemeinden nicht höher als 25%;
- Die Unterschriftenzahl um in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern Volksabstimmungen zu erwirken, ist auf max. 5 % der Wahlberechtigten begrenzt worden;
- die Sammelzeit darf in allen Gemeinden nicht weniger als 180 Tage betragen;
- Allen Stimmberechtigten wird ein sachlich gestaltetes Abstimmungsheft mit allen nötigen Informationen und mit den Für- und Wider-Positionen zugestellt;
- Die Unterschriftenhürde für das neu einzuführende bestätigende/ablehnende Referendum, das bei einer vom Gemeinderat durchgeführten Änderung der Gemeindegesetzgebung zur Anwendung kommen kann, darf nicht höher sein als 10% der Wahlberechtigten in Gemeinden bis 10.000 Einwohner, 7% in solchen zwischen 10.000 und 30.000, 5% in solchen über 30.000 Einwohner. Es gibt dabei kein Quorum.

Das ist nicht wenig, aber die Einschränkungen und Mängel der Regelung in fast allen Gemeinden bleiben erheblich. Man merkt sie erst dann, wenn direktdemokratische Instrumente gebraucht werden und dann ist es zu spät. Es fehlt überall das bestätigende/ablehnende Referendum als Vetorecht der BürgerInnen in Bezug auf alle Beschlüsse der politischen Vertretung, wesentliche Themen sind ausgeschlossen (z.B. Satzungsänderung durch die Bürger), in vielen Gemeinden fehlt sogar die bindende Volksabstimmung ([siehe Überblick über die Regelungen in den Satzungen](#)).

Deshalb sollte von der Gemeindeverwaltung jetzt gefordert werden, eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, gemeinsam mit den Bürgern, von diesen als nötig erachtete Verbesserungen auszuarbeiten und sie innerhalb der laufenden Legislatur zu beschliessen.

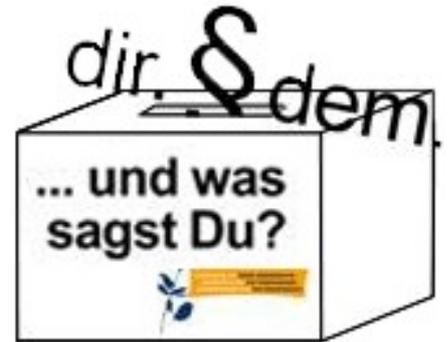


Freier, fairer und treffsicherer wählen

Wir leiden an einer in Parteien organisierten politischen Vertretung, die sich mehrheitlich als ungeeignet erweist, die anstehenden, immens großen Probleme zu lösen. Es paart sich dabei Arroganz und sachliche Inkompetenz mit Untertänigkeit den stärksten Kräften in der Partei gegenüber, denen man sein Mandat verdankt.

Wir leiden an einem völlig unproduktiven, pseudodemokratischen System, das sich vom Konkurrenzgedanken leiten lässt, anstatt von der Idee der Zusammenarbeit (Problematik herrschendes Wahlsystem).

Das demokratische System der Schweiz erscheint demgegenüber unvergleichlich vernünftiger und wertvoller (Bericht von Schweizer Wahl). An diesem haben Bürgerinnen und Bürger mitgewirkt und es ist unter ihrer Kontrolle zustande gekommen, während das andere von oben verordnet worden ist. Wir haben uns ersteres zum Vorbild genommen für einen Wahlgesetzentwurf für Südtirol. Er enthält aber auch aufgrund der lokalen Erfahrungen vollkommen Neues. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft freier, fairer und mit mehr Einflussmöglichkeit auch präziser ihre politische Vertretung bestimmen können. Diese soll sich in erster Linie ihnen und nicht einer Partei verpflichtet fühlen. Gepaart mit stark ausgebauter Direkter Demokratie kann erreicht werden, dass die politische Vertretung nicht mehr, in Mehrheit und Opposition geteilt, gegeneinander arbeitet, sondern unter der direkten Kontrolle der Bürger angehalten ist, in Zusammenarbeit die besten Lösungen zu entwickeln.



Das sind die wichtigsten Elemente:

- Nominierung von Kandidaten für die Wahl auch durch alle BürgerInnen
- listenübergreifendes Wählen von Kandidaten bis hin zur Möglichkeit, sich seinen eigenen Landtag zusammenzustellen
- Sitzverteilung an die Listen auf der Grundlage der Stimmen ihrer KandidatInnen
- Einführung der allgemeinen Briefwahl
- Mandatsbeschränkung (max. zwei Legislaturen)
- personelle Trennung von Landtag und Landesregierung
- Direktwahl der/des Landeshauptfrau/annes und (wenn autonomiestatutkonform) der gesamten Landesregierung
- Gleiche Geschlechtervertretung auf den Listen und vieles andere mehr.

Zu unseren Vorschlägen für ein besseres Wahlgesetz, das wir als Volksinitiative im Landtag einbringen wollen, ist uns eine möglichst breite Auseinandersetzung mit den BürgerInnen wichtig. Dazu führen wir eine Online-Befragung durch. Schickt uns bitte Eure Mailadresse, damit wir Euch den Link zuschicken können.

Die neue Politik, die wir brauchen

Kurz gesagt, Politiker müssen wieder Bürgerinnen und Bürger werden! Die entscheidende Mehrheit von ihnen fühlt sich mehr ihrer Partei verpflichtet, als den Bürgern. Der wesentliche Unterschied zwischen parteiverpflichteten Politikern und Bürgerinnen und Bürgern ist, dass letztere bereit sind, Entscheidungsmacht direktdemokratisch mit ihresgleichen zu teilen, während die entscheidende Mehrheit der Parteipolitiker um ihrer Machthoheit willen dazu nicht bereit ist. Wirksame Direkte Demokratie haben sie bisher verhindert. Nicht parteigebundene Bürgerinnen und Bürger wollen, dass ihresgleichen einverstanden sind mit ihren Entscheidungen und suchen deshalb zusammen mit allen gemeinsam, mit Entscheidungsträgern und allen, die zur Problemlösung beitragen können, nach den besten Lösungen. Damit ist klar: Beauftragt man Bürger mit solchen Aufgaben für die Gesellschaft, dann darf damit nicht die Aussicht verbunden sein, Privilegien zu genießen, um derentwillen jemand dieses Amt zu seinem Beruf machen will (Mandatsbegrenzung).

Gewählte müssen sich von den Bürgern beauftragt wissen und nicht von Gnaden einer Partei ins Amt gehoben. Deshalb ist in einem neuen Wahlgesetz auch eine Bürgernominierung der Kandidaten vorzusehen. Es sollten sich die Sitze, die eine Partei bei Wahlen erringt, den Stimmen ihrer Kandidaten verdanken. Jetzt hingegen bekommt ein Kandidat seinen Sitz aufgrund der Stimmenanzahl, die seine Partei erhält.

Schickt uns Eure E-Mail Adresse!

Wir erleben es täglich: Die Medien führen ein Eigenleben. Ein jedes betreibt seine eigene Politik. Wir Bürgerinnen und Bürger können uns nicht ausreichend über sie miteinander verständigen. Wenn etwas anders werden soll, dann brauchen wir Mitteilungen aus erster Hand.

Schickt uns also bitte Eure E-Mail-Adressen (an info@dirdemdi.org). Wir versenden die Nachrichten so, dass die Mailadresse nicht kopiert werden können (BCC).

LIMITED EDITION „ABSTIMMUNG“

Wer sich beeilt, kann noch eines unserer edlen T-Shirts aus Bio-Baumwolle erwerben und uns dabei unterstützen! Sie bringen die mehrschichtige Bedeutung des Abstimmens zum Ausdruck. Ihr könnt zwischen Damen- und Herrenmodell wählen. Preis 18 Euro. Limitierte Auflage, nur für kurze Zeit verfügbar!

Im Büro in der Silbergasse erhältlich

Tel. 0471 324987 – E-Mail: info@dirdemdi.org



Vor Direkter Demokratie muss sich niemand fürchten!

Direkte Demokratie und Menschenrechte

Aufgrund einer mangelhaften Berichterstattung über bestimmte Volksabstimmungen in der Schweiz geht die Sorge um, dass Direkte Demokratie (DD) ein Instrument sein könnte, mit dem Menschenrechte verletzt und eine menschenverachtenden Politik gegen Minderheiten und soziale Randgruppen betrieben werden könnte.

- Empirische Untersuchungen einschlägiger direktdemokratischer Entscheidungen in verschiedenen Staaten zeigen, dass sie überwiegend minderheitenfreundlich sind.
- DD ermöglicht zu wichtigen gesellschaftlichen Themen eine sachliche und öffentliche Auseinandersetzung über einen längeren Zeitraum, regt Meinungsbildung an, lässt Interessensgruppen sichtbar werden und führt schließlich zur verantwortlichen Stimmabgabe.
- In den direktdemokratischen Regeln sollen entsprechende Schutzklauseln eingebaut sein. Darüber wird z.Z. auch in der Schweiz diskutiert. Grundsätzlich soll das Volk aber über alles abstimmen können, worüber auch der Landtag abstimmen darf.
- Je politisch ohnmächtiger die Menschen sind, desto anfälliger sind sie für populistische Verführungen.
- Grundsätzlich bewirkt DD ein besseres Kennenlernen der Probleme und Erwartungen der verschiedenen Bevölkerungsschichten und führt damit zu einer größeren Loyalität innerhalb der Bevölkerung.

Ist Direkte Demokratie wirtschaftsfeindlich?

Wenn unter Wirtschaft vor allem Unternehmungen verstanden werden, für die öffentliche Gelder ausgegeben werden, deren Nutzen für die Allgemeinheit zweifelhaft ist (Beispiel Rüstungsindustrie), dann könnte effektiv die eine oder andere dem direktdemokratischen Veto unterliegen. Dies aber wohl letztlich auch zu Gunsten einer Wirtschaft, die Wohlstand für viele bedeutet. Die Schweiz ist das Musterbeispiel für wirtschaftliche Prosperität. Empirische Untersuchungen belegen, dass Kantone mit umfangreicheren direktdemokratischen Möglichkeiten, stabilere öffentliche Haushalte, niedrigere Staatsausgaben und weniger öffentliche Schulden, eine bessere Steuermoral und ein um 15 % höheres Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigen aufweisen. "Die Schweiz macht eine bessere Politik: mit einem funktionierenden Föderalismus: Kantone und Gemeinden sind finanziell eigenverantwortlich. Ein Kanton, der sich hoch verschuldet, muss zuerst einmal die eigenen Steuern erhöhen", [sagt der renommierte Ökonom Reiner Eichenberger](#). „Die direkte Demokratie führt zu einer besseren wirtschaftlichen Performanz.“ (Adrian Vatter, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern)

Und der Schweizer Wohlstand als Ergebnis illegalen Vermögens? Das kann laut Eichenberger in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden, da die Bankeneinkünfte aus diesen Quellen weniger als 1 % der Wirtschaftsleistung ausmachen.

siehe auch:

- [weitere Überlegungen und Argumentationsquellen](#)
- [Neue Zürcher Zeitung, 04.01.2005, Nr. 2, S. 25, Georg Lutz und Thomas Votruba, Ist der Souverän wirtschaftsfeindlich? Direkte Demokratie taugt nicht als Sündenbock](#)
- [Innovationsunfähigkeit - Direkte Demokratie und Föderalismus verstärken Bruno S. FREY, Institut für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Zürich](#)
- [Ist eine bessere direkte Demokratie wirtschaftsfeindlich? Den Bürgern vertrauen, Gastkommentar von Thomas Benedikter in SWZ, Nr. 35 vom 18.9.2009](#)



Südtirol-Konvent: Bringt Euch ein!!

[Am 16. Jänner 2016 startet der Landtag offiziell den partizipativen Teil des Südtirol-Konvents.](#)

In einer Reihe von offenen Veranstaltungen in verschiedenen Orten können BürgerInnen Ideen und Vorschläge einbringen. Im Zuge dieser Anhörungen können sich alle in Südtirol Ansässigen für das „Forum“ registrieren lassen. Dies ist ein Gremium von 100 Personen, die in einem Zufallsverfahren ausgewählt werden. Aus diesem Forum, das während der ganzen Dauer des Konvents tagt, werden dann jene 8 Personen ausgewählt, die dem 33-köpfigen Konvent angehören. Dieser arbeitet ein Jahr lang und legt dem Landtag seine Vorschläge vor.

Es ist klar, dass sich dieser Konvent nur in einem sehr engen und politisch stark kontrollierten Rahmen bewegen darf. Fast alle Konventmitglieder werden von der politischen Mehrheit bestimmt. Bisher war das Autonomiestatut die Angelegenheit einer kleinen Elite. Die Verankerung der Souveränität der BürgerInnen über ihre Landesautonomie und ihre Verfassung ist längst überfällig. Die wichtigsten Forderungen von Seiten der BürgerInnen sollen sein:

- Präzisierung des Art. 47, Abs. 4, des Autonomiestatutes so, dass die Volksinitiative über die Regierungsformgesetze (Wahlgesetz und Direkte Demokratie) eindeutig möglich ist;
 - Einführung des Initiativrechts der BürgerInnen zur Abänderung des Autonomiestatutes (Statutsinitiative);
 - Einführung des bestätigenden Referendums für Statutsänderungen in Südtirol.
- zur geschichtlichen Einordnung der anstehenden Reform des Autonomiestatutes und den zu erhebenden Forderungen im Sinne der Souveränität der Bürgerinnen und Bürger siehe: [Thomas Benedikter, Mehr Autonomie für Südtirol - Mehr Souveränität für Bürger und Bürgerinnen in Südtirol.](#)
- [Die Erwartungen der Initiative für mehr Demokratie an den Südtirol-Konvent](#)
- [Überblick über die verschiedenen Ideen zu einer neuen Verfasstheit Südtirols](#)
-

Literatur zur Vertiefung des Themas „Direkte Demokratie“:

Thomas Benedikter, Gaspedal und Bremse, Direkte Demokratie in Südtirol, arca edizioni in POLITiS-Reihe, Bozen, Juni 2015, mit Angabe weiterführender Literatur.



Koordinierungsbüro:
Silbergasse 15, 39100 Bozen
Tel. +39 0471 324987
E-Mail: info@dirdemdi.org
Webseite: www.dirdemdi.org